

## Europas desintegrative Integration

Knapp fünfzehn Jahre nach dem Systemwechsel an der Donau hat sich die *überwältigende Minderheit*<sup>1</sup> der wahlberechtigten Bevölkerung Ungarns 2003 für den Beitritt zur EU ausgesprochen. Gemeinsam mit sieben anderen ostmitteleuropäischen Staaten hat das Land im Mai 2004 die EU-Flagge gehisst. Der freie Grenzverkehr im Rahmen des Schengen-Abkommens steht in zwei bis drei Jahren auf dem Programm, die Freizügigkeit der Arbeitskraft in sieben bis zehn Jahren. Es sei also Zeit Bilanz zu ziehen – so das Credo des Buches *Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration* von Hannes Hofbauer.<sup>2</sup> Und zwar, so lässt der Autor schon im Titel anklingen, eine *andere* Bilanz als jene, die von den europäischen Gipfeltreffen verlautet und von Medien wie von Intellektuellen im Schlepptau der Regierungen der alten und neuen EU-Staaten gebetsmühlenhaft wiederholt wird. Hofbauer verweigert sich dem schrillen Chor, der die Erweiterung als Osteuropas endgültige »Heimkehr nach Europa« und als den vermeintlichen Sieg von Demokratie und Menschenrechten über Nationalismus, Kommunismus, Antisemitismus und rückwärts gewandten Protektionismus feiert. Auch den Diskursen des Eurokratismus, die um Markt- und Jobanalysen, die endlose Angleichung von Rechtsmaterien und Institutionensystemen und um die Quotierung von Agrargütern und Geschlechtern kreisen, schließt sich der Autor nicht an. Und schließlich wären da noch die »pro-europäischen«, modernisierungsorientierten Linken und Linksliberalen, die auf die vereinheitlichende Kraft des »gesamteuropäischen Wirtschaftsraums« und der Brüsseler Politik setzen. Sie erhoffen sich von »Großeuropa« die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen großer Bevölkerungsgruppen oder zumindest die Verbesserung der Voraussetzungen für einen sich vereinheitlichenden Kampf von Gewerkschaften, politischen Organisationen und neuen sozialen Bewegungen um ein »soziales Europa« bzw. das »Europa der Arbeitnehmer«. Auch diese Debatten und Diskurse lässt Hofbauer einfach rechts liegen. In seinen Augen ist die Vision des »sozialen Europa« – ganz abgesehen davon, dass sie ohnedies nicht die seine wäre – nicht nur unrealistisch, sondern stellt die wahren Entwicklungslinien und Verhältnisse gleich mehrfach auf den Kopf.

Der Autor dieses widerborstigen Buches, Historiker und Journalist aus Wien, beschäftigt sich seit mehr als fünfzehn Jahren kontinuierlich mit den Entwicklungen in mehreren osteuropäischen Ländern. Er hat diese »andere Hälfte« Europas immer wieder bereist und nutzt für seine Recherchen gedruckte Quellen und Sekundärliteratur in westlichen Sprachen sowie umfangliches Daten- und Indikatorenmaterial zur (vergleichenden) wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wie auch seine Kontakte zu einem weit verzweigten Netz links-kritischer und alternativer Intellektueller in ganz Osteuropa.

Er stellt andere Fragen und geht anders vor als dies sonst der Fall ist. Er beschreibt den Prozess der Osterweiterung als Geschichte von sich wandelnden wirtschaftlichen und politischen *Beziehungen* auf drei in komplexer Weise miteinander verknüpften Ebenen: den Beziehungen zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen, den Beziehungen innerhalb der westlichen und innerhalb der östlichen Hälfte des Kontinents, und schließlich den Beziehungen zwischen den sozioökonomischen Systemen der einzelnen Länder und dem materiellen Wohlergehen ihrer Bevölkerungen. (Letzteren Zusammenhang untersucht er übrigens legitimerweise nur hinsichtlich der zentralosteuropäischen Länder, leistet damit aber unwillentlich den osteuropäischen Illusionen über das Wohlergehen der Bevölkerungen im Westen Vorschub.) Wie ergab und ergibt sich, so fragt der Autor, die Osterweiterung aus den Verhältnissen zwischen Ost und West in Europa? Mit welchen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen ging und geht sie einher? Welche Rolle spielt die EU heute für die wirtschaftlichen Beziehungen und die politischen Strukturen in Europa? Und welche Veränderungen sind nach dem Beitritt in Zentralosteuropa (noch) zu erwarten?

Ein Kernstück der Argumentation ist die Gegenüberstellung der scheinbaren ideologischen Universalien »Frieden, Stabilität und Wohlstand« mit den drei realen Eckpfeilern der Integrations- und Erweiterungspolitik der EU. Die Stärke des Arguments beruht insbesondere auf der zeitlichen und politischen Einordnung der in diesem Zusammenhang zentralen Beschlüsse und Entwicklungen in der EU in den Kontext des sich mit dem osteuropäischen Systemwechsel rapide wandelnden Ost-West-Verhältnisses auf dem Kontinent. Demokratie, Marktwirtschaft und Übernahme des EU-Gesetzeswerks sind die drei Maximen der Erweiterungspolitik der 1990er Jahre, die im Sommer 1993 in Kopenhagen beschlossen wurden, nur wenige Monate, bevor die ersten Beitrittsanträge aus Zentralosteuropa (nämlich aus Ungarn und Polen im März und April 1994) eintrudelten, und kaum mehr als ein Jahr, nachdem sich die EU intern mit der Festlegung der »Maastricht-Kriterien« (ratifiziert erst im Mai 1993) auf den Weg zu einem ökonomisch, währungspolitisch und (in Teilbereichen, wie abweichend von der Hofbauerschen Formulierung hinzugefügt werden sollte) außenpolitisch vereinheitlichten Gebilde gemacht hatte. Nachdem damit »die Struktur der

neuen Supermacht zumindest ökonomisch festgezogen war, konnte man sich in der Kommission daran machen, den neuen Eliten in Osteuropa ein Angebot zu machen«. (S. 70-71)

Was enthalten die drei Aufnahmekriterien, die dieses »Angebot« ausmachten? Demokratie meint gemäß der Kopenhagener Konferenz von 1993 »institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische (...) Ordnung«. In der Sicht des Autors zielt dies letztlich auf ein fest in der Hand der stärksten europäischen Kapitalgruppen befindliches Medien- und Parteiensystem, das sich dem kapitalistischen Akkumulationsregime verpflichtet fühlt. Die seit Mitte der 1990er Jahre mit zunehmender Machtfülle ausgestatteten Brüsseler Institutionen sind demokratischen Legitimationsprozessen kaum unterworfen.

Die offizielle Definition des Kriteriums Markt als »funktionsfähige Marktwirtschaft«, die in der Lage sein muss, dem »Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten«, bedeutet weiterhin nichts anderes als ein Konzept, in dem Politik Marktkräfte bestenfalls verwalten, nicht aber in diese eingreifen darf. Dem genannten »Demokratie«-Verständnis entsprechend wurden osteuropäische Regierungschefs, die sich der totalen Priorität der Marktkräfte zaghaft zu verweigern suchten, denn auch aus Brüssel massiv unter Druck gesetzt und der Nicht-Erfüllung demokratischer Prinzipien geziehen.

Was schließlich das dritte Kriterium, die Übernahme des EU-Gesetzeswerkes betrifft, so liegt darin für Hofbauer »das einzige wirklich reelle Angebot an die einheimischen osteuropäischen Eliten begründet. (...) Hier sind auch kapitalschwache Verwalter, ihre Söhne und Töchter gefragt, hier kann die »Europäisierung« persönliche Früchte tragen. Ministerien, Kommissionen, Hilfsorganisationen (...) Schulungen, Seminare und Symposien (...)«. (S. 72)

Zu keinem Zeitpunkt, das wissen gerade die kleinen und großen osteuropäischen Teilnehmer am EU-Bürokratie-Business, ging es bei den bilateral gehaltenen Gesprächen mit den Beitrittskandidaten um Verhandlungen, sondern stets nur um den Weg zur Erfüllung der drei genannten Kriterien. In allen Fällen hatten die Repräsentanten der EU lediglich zu überwachen, dass und wie der jeweilige Beitrittskandidat das vorgegebene Ziel erreicht. Als Ikonen und Endziel der nach dem Prinzip der ungehinderten Kapitalakkumulation betriebenen EU-Integration gelten dabei die »vier Freiheiten« des Verkehrs von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen. Dennoch, so Hofbauers zentrale These, stellt die EU-Integration realiter die Schaffung eines wirtschaftlichen Großraums dar, in dem zwei Prozesse untrennbar verbunden sind: »der ökonomische und soziale Abstieg eines halben Kontinents, (...) der sich gerade in jenem Jahrzehnt desintegriert, in dem sein kontinentaler Bruder – Westeuropa – den großen Integrationssprung vorwärts wagt«. (S. 36) Der Widerspruch zwischen Integration und empirisch überdeutlich erkennbarer Desintegra-

tion im Prozess der EU-Erweiterung ist also ein scheinbarer. Er lässt sich eben nicht als zeitlicher Abstand im Erreichen verschiedener Entwicklungsstufen, als eine »Regatta« für Integration, und auch nicht durch den Verweis auf (früher oder heute) entwicklungshemmende politische Eingriffe durch Kommunisten oder Nationalisten erklären. Es sind stattdessen zwei grundlegende Zusammenhänge, die die Einheit von Integration und Desintegration (auch) im gegenständlichen Fall erklären, sobald eine historische und globale (hier: gesamteuropäische) Betrachtungsweise gewählt wird. Dies sind die Elemente Ungleichzeitigkeit und Ungleichmächtigkeit. Ersteres meint die zeitliche Staffelung der Einführung bzw. Durchsetzung der einzelnen Freiheiten, zweiteres die Kapazität von ökonomisch und politisch Stärkeren, ihre Freiheit in jedem dieser Bereiche voranzutreiben und sie zugleich anderen (zeitweilig) vorzuenthalten. Wenn die Freiheit der großen EU-Produzenten, ihre Waren nach Osteuropa zu exportieren, für fünfzehn lange Jahre vor der Erweiterung eine größere ist als die der zentralosteuropäischen Betriebe in umgekehrter Richtung, so verstärkt dies wirtschaftliche Disparitäten und Machtgefälle. Wenn die Freizügigkeit der Arbeitskraft erst sieben Jahre nach der Freizügigkeit des Warenverkehrs kommt, so werden dadurch ungleiche Arbeitsbedingungen und Einkommensverhältnisse nur noch verstärkt und die Ungleichheit auf noch viel längere Sicht verfestigt. Diese und andere, zum Teil fundamental illiberale Elemente, auf denen die Wirtschafts- und Sozialbeziehungen der EU mit Zentralosteuropa aufgebaut waren und sind, bilden die Bestandteile des liberalen Erweiterungs- bzw. Integrationsprojekts.

Wie die Voraussetzungen dafür, dass zahlreiche derartige Mechanismen der Ungleichheit im neuen Ost-West-Verhältnis in Zentralosteuropa selbst greifen konnten, zustande kamen, beschreibt Hofbauer in zwei Kapiteln. Analysiert werden der Charakter des RGW und die Folgen seines Zerfalls, der Griff zur »Schocktherapie«, die Privatisierung des Sozialen und die Verwandlung von Arbeit in ein zu vermarktetes Gut, sowie die neu-kapitalistische Umverteilung und der neu-kapitalistische wirtschaftliche Ausverkauf.

Mit seiner Analyse, welche die zentralen Strukturen eines mehrdimensionalen Beziehungsgeflechtes nachzeichnet, leistet der Autor nicht nur eine realhistorische und integrative Analyse des Weges zur Osterweiterung. Es gelingt ihm auch, theoretisch klar zu machen, dass nur eine solche Analyse in der Lage ist, aus den scheinbar universalen und ahistorischen Dogmen der vier kapitalistischen Freiheiten den wahren Charakter der Osterweiterung herauszuschälen. Diese Argumentationslinie wird zunächst mit Blick auf den östlichen Zusammenbruch und die westliche Expansion entwickelt und dann mit Blick auf die zentralosteuropäische Region in vielen Details und Zusammenhängen entfaltet.

Ein umfängliches Kapitel stellt Strukturen und Dynamiken, die die heutige Lage der Beitrittskandidaten (einschließlich Rumäniens und Bulgariens) kennzeichnen,

in separaten Länderberichten vor. Geboten werden, auch im Vergleich der einzelnen Länder und im Vergleich mit EU-Europa, substantielle Informationen über die wichtigsten Tendenzen der sozioökonomischen und politischen Entwicklung in der Region. Auswahl, Kombination und Interpretation insbesondere der unmittelbar gesellschaftsbezogenen Indikatoren allerdings lassen hier und da, gelinde gesagt, zu wünschen übrig. So setzt der Autor zum Beispiel die (tatsächlich) exorbitante Abtreibungsrate in osteuropäischen Ländern umstandslos und ausschließlich mit dem gesunkenen »Vertrauen der Völker in Osteuropa in die eigene Lebenskraft« gleich. (S. 57) Damit entgeht ihm nicht nur die historische Kontinuität, in der diese exorbitanten Ziffern stehen, sondern, substantieller noch, die Tatsache, dass diese Ziffern in hohem Maße mit stark von Männern dominierten »unbekümmerten« Sexual- bzw. Penetrationspraktiken zusammenhängen, deren Folgen schlicht den Frauen aufgebürdet werden.

Ergänzt werden die Berichte über die einzelnen Länder von einem übergreifenden und auch zusammenfassenden Abschnitt über *Osteuropas Zurichtung zur Peripherie*. Viele der zuvor dargestellten Entwicklungstendenzen und Verhältnisse in den einzelnen Ländern werden dabei auf überzeugende Weise als Bausteine und Konsequenz ungleicher europäischer Integration zusammengedacht. Hin und wieder setzt sich die Darstellung hier auch mit den (Gegen-)Argumenten der EU-Euphoriker bzw. Befürworter von liberal bis modernisierungs-links auseinander und zeigt, wie und wieso diese häufig Zusammenhänge ausblenden und damit Realitäten auf den Kopf stellen. Ein Mehr an solch virtueller Debatte hätte dem Buch sicherlich gut getan, denn damit ließe sich verhindern, dass die Argumentation schlicht als ein anderes Glaubensbekenntnis zurückgewiesen wird. Eine solche virtuelle Debatte hilft auch jenen Leser/innen sich zurechtzufinden, denen die historisch-integrative Perspektive, die dieses Buch prägt, schlicht und einfach fremd oder unbekannt ist.

Zwei weitere Kapitel rahmen die in sich weitgehend überzeugende und geschlossene Darstellung des Weges in die EU-Osterweiterung. Einleitend beschäftigt sich Hofbauer mit der Geschichte der Bilder von Europa und den ideologisch-politischen Funktionen jener Diskurse, die diese Bilder produzierten und verschiedenen historischen Kontexten und Sprachgebräuchen anpassten. Eine knappe Beschreibung des »militärischen Faktors«, d. h. des EU-Grenzregimes, der EU-Eingreiftruppen sowie des Verhältnisses zwischen EU- und NATO-Integration in Zentralosteuropa rundet die Darstellung ab.

Neben kleineren Ungenauigkeiten und Eindimensionalitäten wird diese Rundheit allerdings von einer wesentlichen Lücke der Argumentation empfindlich gestört. Durch die gesamte Darstellung des Buches zieht sich nämlich eine grundlegende analytische Herausforderung, die, vom Autor durch seine Argumentation selbst produziert, dennoch an keiner Stelle von ihm angenommen wird. Dabei handelt es sich

auch und gerade hier um einen historischen und analytischen Zusammenhang, dessen Sichtbarmachung und Problematisierung ansonsten zentrales Anliegen der Studie ist: um den Zusammenhang zwischen regional oder national bestimmter Regulierung bzw. Steuerung und Bestimmung wirtschaftlicher Prozesse und Beziehungen einerseits und der wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung der in diesen Regionen und Ländern lebenden Menschen andererseits. Es ist durchaus einsichtig, dass Hofbauer, für den die Notwendigkeit steuernder Eingriffe in (markt-)wirtschaftlich bestimmte Prozesse außer Frage steht, erst einmal von existierenden politischen Handlungsträgern und Entitäten wie z. B. Staaten und Regierungen ausgeht, wenn er nach den Möglichkeiten und der Erfahrung solcher Steuerung fragt. Und dem Autor würde es an trefflichen Argumenten gewiss auch dann nicht mangeln, würde er erläutern, wieso lokale, nationale und regionale politische Kontrolle über wirtschaftliche Austauschprozesse eine wichtige oder unabdingbare Voraussetzung für jede politische und wirtschaftliche Praxis sein muss, die Schritt für Schritt eine Alternative zu kapitalistischer Akkumulation und kapitalistischer, desintegrierender Integration entwickeln will. Doch die ebenso historische wie theoretisch-praktische Frage nach dem Verhältnis zwischen solch nationaler oder regionaler Kontrolle einerseits und der politischen Konstitution der entsprechenden Kontrollinstanzen, also: der politischen Einflussnahme der betroffenen Menschen auf diese Kontrollinstanzen andererseits wird in Hofbauers Analyse ausgeblendet. Gewiss, der Autor spricht nicht nur von der heutigen Entmündigung der West- wie Osteuropäer durch ökonomische Prozesse und das beschränkte bzw. entmündigende EU-Demokratiemodell. Er spricht auch von den »politisch sprachlosen« Bevölkerungen (S. 37) der früheren östlichen »Entwicklungsdiktaturen« (S. 181) und auch davon, dass gewisse von Seiten der EU und der liberalen Protagonisten der Osterweiterung gerne als »nationalistisch« und »undemokratisch« ins politische Abseits gedrängte osteuropäische Regierungen sehr wohl und mehrfach ganz demokratisch von ihren Bevölkerungen gewählt und im Amt bestätigt wurden. Doch er verfolgt weder analytisch noch historisch an irgendeiner Stelle das komplexe Problem des – möglichen? unausweichlichen? wie zu erreichenden oder zu umgehenden? – Zusammenhangs zwischen politischer Entmündigung bzw. Mündigkeit im Kleinen, d. h. zwischen innergesellschaftlichen, innerfamiliären etc. Machtverhältnissen einerseits und letztlich durch geographische, territorialisierte Grenzziehungen bestimmtem Schutz vor den ungezügelten Kräften des Marktes im Großen, d. h. einer Politik des nationalen oder regionalen Protektionismus andererseits.

Für jede Kapitalismuskritische Praxis jedoch erscheint gerade die Auseinandersetzung mit diesem Zusammenhang und den darin enthaltenen Konflikten und Widersprüchen bzw. das Bemühen um eine Reformulierung dieses Zusammenhangs als eine der Gretchenfragen schlechthin. Denn Vorstellungen, die darauf hinauslaufen,

regionalem Protektionismus Vorrang einzuräumen gegenüber der Selbstbestimmung der Produzenten (sei es in kádáristischen, Illiescu'schen oder anderen Farben) kann gewiss nicht die Zukunft der kapitalismuskritischen Linken sein. Da stimmt der Autor dieses stimulierenden Buches doch gewisslich zu!?

## Anmerkungen

- 1 So der Titel eines Buches von András Gerő über den auf den Mehrheiten von Minoritäten aufgebauten ungarischen Parlamentarismus zu Zeiten der Doppelmonarchie.
- 2 Hannes Hofbauer, Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Wien 2003.

